

Saarbesuchern. „Ich habe einen guten Gewährsmann: Hoffmann bleibt noch höchstens vier Wochen im Amt.“ Hoffmann sei schwer krank, wußte der Kanzler, und der stellvertretende Ministerpräsident Erwin Müller werde sein Nachfolger werden.

Als die Besucher von der Saar Zweifel an der Qualität dieser Informationen äußerten, wurde Konrad Adenauer ärgerlich, ließ aus dem Büro des Staatssekretärs Globke einen Brief holen und las diesen Brief flüchtig durch. „Es stimmt, was ich gesagt habe“, konstatierte Adenauer dann.

Einer der Saar-Vertreter, der neben dem Kanzler saß, warf dabei einen Blick auf den Brief, auf dessen Inhalt der Kanzler seine Politik aufzubauen im Begriff war. Der Brief kam aus Andernach.

Kurz vor seinem Abflug nach Moskau tat Konrad Adenauer nun aber doch noch

Vom Kanzler-Kurort Bühlerhöhe aus, wo er sein Leberleiden auskuriert, hatte Senf am Mittwochabend durch seine Frau einem Saarbrücker Redakteur telephonisch bestellen lassen: Nur der Rücktritt der Regierung, die Auflösung des Landtags und Neuwahlen vor dem Volksentscheid könnten aus dem gegenwärtigen Dilemma an der Saar herausführen.

Schon lange hatten die Hoffmann-Stürzer aus allen Lagern ihre Hoffnungen auf das Ministertrio Müller-Senf-Ruland gesetzt.

Unter Kolpingsbrüdern trafen sich Ende Juni in Wittlich Vertreter der bundesdeutschen CDU mit Abgeordneten der Hoffmannschen CVP und berieten, wie man das als gemäßigt geltende Dreigespann in Saarbrücken an die Macht bringen könnte. Prominentester bundesdeutscher Teil-

## CDU-PARTEITAG

Über die Gründe dafür, daß der Bundesparteitag der Christlich-Demokratischen Union von Anfang Oktober auf Ende November verlegt wurde, äußerten sich vertraulich CDU-Abgeordnete. Der Parteitag in Baden-Baden sei auf Wunsch Konrad Adenauers verschoben worden, nachdem der Kanzler vor dem CDU/CSU-Fraktionsvorstand mit dem gesamtdeutschen Minister Jakob Kaiser eine Auseinandersetzung gehabt habe, in deren Verlauf sich Kaiser wegen seiner Ansichten über die Saar-Abstimmung Vorwürfe wie „nationalistische Phrasendrescherei“ habe gefallen lassen müssen. Aufgrund der Auseinandersetzung habe der Kanzler befürchtet, Kaiser-Anhänger könnten die Saarpolitik der Bundesregierung auf dem CDU-Parteitag kritisieren. Konrad Adenauer habe daher Wert darauf gelegt, daß dieser Parteitag erst nach der Abstimmung der Saarbevölkerung über das Saarstatut (23. Oktober) stattfindet.

## GEBETE

Um Bewahrung vor einer kommunistischen Infiltration beten während der Moskareise Konrad Adenauers die Katholiken der Diözese Limburg. Die Anregung, in diesem Sinne den Rosenkranz zu beten, geht von der „Katholischen Aktion“ der Diözese aus.

## HÖRENSAGEN

Nach neuestem Bonn-Mot

▷ beschlossen Konrad Adenauer und Nikolai Alexandrowitsch Bulganin zu Beginn ihrer Besprechungen als erstes, daß ihrer beider gute Beziehungen zu Washington durch ihr Treffen nicht gestört werden dürften.

# WÄHRUNG

## LOHN-PREIS-SPIRALE

### Ein alter Hut

An drei Tagen der vergangenen Woche stand im kanzlerlosen Bonn die dramatische Frage zur Diskussion, ob der summende Kessel westdeutscher Wirtschaftsprospérité demnächst zerplatzen werde oder nicht. Professor Erhard diskutierte dieses Thema am Dienstag mit den Bauhandwerkern, am Mittwoch mit den Metzgermeistern und schließlich am Donnerstag, unterstützt von fünf anderen Ministern, mit neun Spitzenfunktionären des Deutschen Gewerkschaftsbundes.

In dem Sitzungszimmer des Hauses „Carstanjen“, dem Amtssitz Vizekanzler Blüchers am Godesberger Rheinufer, saßen sich am Donnerstag zum erstenmal seit Jahren die Repräsentanten der Marktwirtschaft und die Vertreter der Gewerkschaften vollzählig gegenüber. Der Ernst der Lage wurde schon äußerlich daran sichtbar, daß auch die Hüter der westdeutschen Währung, Geheimrat Vocke und Präsident Bernard von der Bank deutscher Länder, die illustre Runde zierten. Lohnerhöhungen oder keine Lohnerhöhungen hieß das Gesprächsthema.

Es ist das Ziel der westdeutschen Gewerkschafter, die Minister Erhard nach



Saar-Minister Müller, Senf, Ruland: Maßvolles Dreigespann

alles, um sich von dem Amateur-Diplomaten aus Andernach zu distanzieren.

In Saarbrücken erzählte Kindt-Kiefer am Dienstag, daß ihm die Wiederaufbau-bank einen 350 000-Mark-Investitionskredit für seine Bimssteinfabrik in Andernach „fest zugesagt“ habe. Inzwischen heißt es in Bonn, daß aus diesem Kredit ebenso-wenig wird, wie aus den 400 000 Mark, die Kindt als Kredit vom Land Rheinland-Pfalz haben wollte.

## ZWISCHENLÖSUNG

### Unter Kolpingsbrüdern

Eine Gruppe um den Leiter des Amtes für auswärtige Angelegenheiten bei der Saar-Regierung, Gotthard Lorscheider, wollte am letzten Mittwoch wahrnehmen, was dem Kanzler vor nunmehr fast zwei Jahren aus Bimsstein-Kreisen angekündigt worden war: Ohne Hoffmann sollte eine neue christliche Ja-Partei an der Saar konstituiert werden. Mit von der Partie sollten die Minister aus Hoffmanns Christlicher Volkspartei (CVP), Paul Senf (Finanzen) und Franz Ruland (Wirtschaft), sein. Dem Justizminister Erwin Müller war der Posten des Regierungschefs zuge-dacht.

Doch in der Nacht zum Donnerstag wischte Erwin Müller selber diesen Plan beiseite. Er stehe zu Johannes Hoffmann, ließ er die Initiatoren wissen.

Übrig blieb nur der Rücktritt des Finanzministers Professor Paul Senf, eines unpolitischen Fachmannes, der bei seiner Ernennung zum Minister ohne sein Zutun von Parteichef Hoffmann in die CVP eingereiht worden war.

nehmer war der Präsident des Landesverwaltungsgerichtes Rheinland-Pfalz, Professor Dr. Adolf Süsterhenn.

Am 28. August traf auf der Schönburg bei Oberwesel der Oberweseler CDU-Bundestagsabgeordnete Josten mit dem CVP-Generalsekretär Lehnen zu einem kurzen Gespräch zusammen, bei dem jedoch alle Pläne der Kolpingsbrüder zu Grabe getragen wurden.

Durch einen anderen Kanal, der über den Ministerialdirektor Dr. Josef Rust im Bundeswirtschaftsministerium, Abteilung III (Bergbau, Energie- und Wasserwirtschaft), zum Bundeskanzler führt, versuchen inzwischen der Saarindustrielle Luitwin von Boch und der Generaldirektor des Saarländischen Rundfunks, Professor Dr. Hermann Goergen, jenen Plan zu verwirklichen, den Finanzminister Paul Senf in der letzten Woche zum ersten Male laut aussprach: Vorverlegung der Landtags-wahlen, Bildung einer „neutralen“ Übergangs-Regierung und Verschiebung des Volksentscheids.

Nach Informationen, die den deutschen Saarparteien vorliegen, soll die Pariser Regierung dem Johannes Hoffmann eine Frist bis zum 30. September gegeben haben: Wenn es ihm bis dahin nicht gelingt, eine Mehrheit für ein Ja auf die Beine zu stellen, will man nach dieser Information

▷ Hoffmann fallenlassen und einer Regierungsneubildung zustimmen, um vielleicht doch noch eine Ja-Mehrheit zu erreichen,

▷ oder Hoffmann bewegen, mit den deutschen Parteien für ein Nein zu plädieren, wodurch ein Prestigeverlust vermieden werden könnte.

dem Maurer- und Metzger-Vorgeplänkel zu der wichtigsten Besprechung der Woche nach Bonn gerufen hatte, ihre starke Stellung in der gegenwärtigen Hochkonjunktur zu einem großen Lohnaufschwung zu nutzen. Nachdem schon im Mai und Juni für rund 800 000 Beschäftigte die Lohnsätze gekündigt worden waren, kündigten die Gewerkschaften im Juli für weitere 1,3 Millionen Arbeitnehmer die Tarifverträge. Anfang September hatte die Lohnwelle, deren weithin sichtbare Schaumkämme die wilden Streiks in Hamburg und Kassel waren, schon vier Millionen der fast 18 Millionen Arbeitnehmer der Bundesrepublik erfaßt.

#### Schlechte Laune trotz Lohnerhöhung

Die Unzufriedenheit großer Teile der Arbeiterschaft ist jedoch durch einen sachlichen Vergleich von Löhnen und Preisen allein nicht zu erklären. Aus der amtlichen, auch von den Gewerkschaften nicht angezweifelten Statistik ergibt sich nämlich, daß vom Mai 1954 bis Mai 1955 der Durchschnittslohn westdeutscher Industriearbeiter

- ▷ von 1,65 Mark je Arbeitsstunde
- ▷ auf 1,76 Mark gestiegen ist.

Das bedeutet sechs Prozent mehr Geld im Arbeiter-Portemonnaie als im vergangenen Jahr (siehe Graphik Seite 18). Die Kosten für die Lebenshaltung dagegen stiegen in dieser Zeit um noch nicht einmal zwei Prozent. Warum trotz dieses nachweislichen Mehrverdienstes ein saisonbedingtes Hinauschnellen etwa der Obst- und Gemüsepreise (auch die Butter verteuerte sich von 6,09 Mark auf 6,50 Mark) das Arbeitnehmer-Budget zu sprengen droht, geht aus der westdeutschen Statistik über Abzahlungskäufe hervor. Diese Statistik zeigt deutlich, daß es in der Bundesrepublik gegenwärtig zuviel vorweggenommenen Wohlstand gibt.

Die Ratenzahlungen für Möbel, Radiogeräte, Motorroller usw. sind in den Arbeiter-Haushalten ständig wiederkehrende Ausgabenposten in stets gleichbleibender Höhe, die in sehr vielen Fällen die



... denen Katastrophen folgten: Gewerkschaftsführer Kummernuß, Freitag, Brenner

wollen aus der Hochkonjunktur „noch so viel wie möglich herausholen“.

Die Bank deutscher Länder konstatierte in ihrem Augustbericht, der Abzahlungskredit werde dem Konsumenten heute aufgedrängt. Frankfurts Währungsexperten forderten ein Abbremsen des Verkaufs auf Raten. Denn in den vergangenen sechzehn Monaten ist die Summe aller für Ratenkäufe gewährten Kredite sprunghaft von 790 Millionen auf 1300 Millionen Mark angewachsen. Die Statistik beweist, daß die Arbeiter-Haushalte an diesem Milliardenbetrag zu mehr als 60 Prozent beteiligt sind.

Die Industrie macht es nicht anders. Was für den Arbeitnehmer der Ratenkauf ist, ist für sie der kurzfristige Bankkredit. Um in der Hochkonjunktur keine Verkaufschance auszulassen, hatten die Unternehmer sich Anfang des Sommers rund vier Milliarden Mark mehr geliehen als im vergangenen Jahr. Mit diesen Krediten wurden neue Maschinen und Anlagen beschafft, an die Fabrikgebäude neue Werkhallen angebaut und neue Arbeitsplätze geschaffen. Soweit das der Rationalisierung, das heißt der Verbilligung

einer Überkapazität führt. Fachleute halten diesen Zeitpunkt in verschiedenen Branchen der westdeutschen Wirtschaft jetzt allmählich für gekommen.

Bundesarbeitsminister Storch, in dessen Ressort sich die Folgen der übertriebenen Kapazitätserweiterung durch den Mangel an Arbeitskräften bemerkbar machen, warf den Unternehmern vor, sie verlören allmählich den Sinn für das Reale und Vertretbare. Storch erinnerte an die Hochkonjunktoren nach dem Deutsch-Französischen Krieg von 1870/71 und in den Jahren 1923—29, „denen jeweils die furchtbarsten Katastrophen folgten“.

#### Investitionswut der Unternehmer

Auch die Bank deutscher Länder kritisierte die Investitionswut der Industrie. Sie warnte: „Die Produzenten sind heute geneigter als noch vor Jahresfrist, ihre Preise zu erhöhen. Und eng verbunden hiermit ist die anhaltend starke Investitionsneigung, auf Grund deren (in der Erwartung, daß der allgemeine Aufschwung schon für den Absatz sorgen werde) selbst da investiert wird, wo heute vielleicht schon eine gewisse Abstinenz am Platze wäre.“

Um diese Abstinenz zu erzwingen, zu der sich offenbar weder die lohnfordernden Gewerkschaften noch die investitionsfreudige Industrie freiwillig bereit finden, hat die Bank deutscher Länder im August den Diskont-(Zins-)Satz für Wechselkredite auf dreieinhalb Prozent erhöht und die westdeutschen Banken verpflichtet, 460 Millionen Mark in den Reservetopf zu legen. Die Notenbank will auf diese Weise die Kreditexpansion abbremsen, weil die Wirtschaft der Bundesrepublik in der Tat bereits an die Grenzen ihrer gegenwärtigen Kapazität stößt:

- ▷ Die Industrieproduktion ist heute mehr als doppelt so groß wie 1936.
- ▷ Der Arbeitsmarkt hat mit nur noch 512 000 Arbeitslosen den niedrigsten Arbeitslosenstand seit Kriegsende erreicht.
- ▷ Einige Grundstoffe sind bereits Mangelware geworden. Insbesondere müssen Kohlen zu einem Mehrpreis von 25 Mark je Tonne aus den USA importiert werden.

Die gegenwärtige Situation ist die kritischste seit der Korea-Hausse.

In dieser Gefahrensituation ist die Bonner Wirtschaftspolitik noch keineswegs auf einheitliche Gegenmaßnahmen abgestimmt. Im Gegenteil, das Ernährungs- und das Wirtschaftsministerium verkünden



Währungshüter Bernard (l.), Vocke (r.), Minister Erhard: Erinnerungen an Konjunktoren...

Grenze des Möglichen erreicht. Der Verfügungsbetrag für die Ernährung, also das der Hausfrau überlassene Haushaltsgeld für Essen und Trinken, ist dadurch so eng begrenzt, daß Preiserhöhungen für einzelne Lebensmittel trotz der Lohnerhöhungen den Familienhaushalt stark belasten. Die häusliche Mißstimmung darüber ist es, die den Arbeiter trotz guter Bezahlung für Streikparolen empfänglich macht. Und auf dieser Mißstimmung bauen die Gewerkschaften ihre Lohnkampagne auf. Sie

der Produktion diente, waren die Gelder volkswirtschaftlich sinnvoll angelegt. Weniger zweckmäßig jedoch waren Investitionen, die von der Angst diktiert waren, mögliche Gewinne zu versäumen, und die lediglich den Zweck hatten, die Kapazitäten zu erweitern.

Denn bei einer Hochkonjunktur, wie sie gegenwärtig in der Bundesrepublik herrscht, weiß niemand, ob eine Kapazitätserweiterung nicht schon zu groß oder gar gänzlich verfehlt ist, weil sie bereits zu

munter einander widersprechende Rezepte. Während Minister Erhard, sonnengebräunt aus dem Urlaub vom Lido zurückgekehrt, sofort die volkswirtschaftlich einzig sinnvolle Parole ausgab: „Lieber Preissenkungen als Lohnerhöhungen“, vertritt Ernährungsminister Lübke die entgegengesetzte Ansicht.

Lübke erklärte wörtlich, die Parole Preissenkung vor Lohnerhöhung sei vor zwei Jahren richtig gewesen. Heute aber müsse erst einmal wieder die Landwirtschaft zum Zuge kommen. Obwohl nach der amtlichen Bundesstatistik die Preisindizes für Industrie- und für landwirtschaftliche Produkte jetzt zum ersten Male seit Jahren nahezu gleichliegen, fordert Lübke für seine Landwirte je Liter Milch fünf Pfennig mehr und liefert damit den Gewerkschaften neue, gefährliche Munition.

#### Kopfprämien für neue Arbeitskräfte

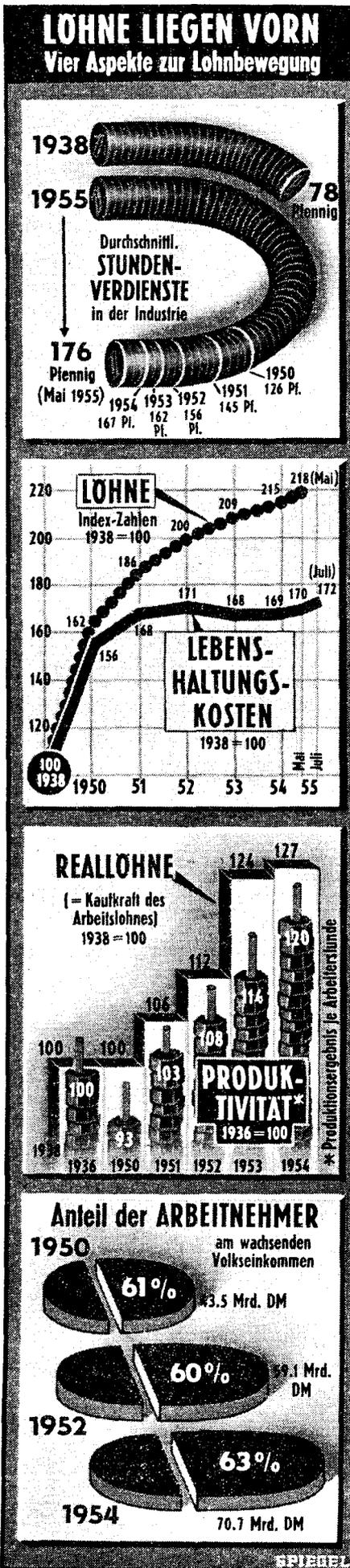
Minister Lübke dreht damit an derselben Schraube, an der sich auch die staatliche Forstwirtschaft seit langem zu schaffen macht. Nachweislich verkaufen die Forstämter der Bundesrepublik den wichtigen Baustoff Holz kaum unter Preisen, die um 150 Prozent über den Vorkriegspreisen liegen. Der Staat als Preistreiber trägt mithin sein Maß Schuld daran, daß der Sektor Bauwirtschaft in der gegenwärtigen Hochkonjunktur die größten Auswüchse zeigt. Der Baukostenindex steht nach den letzten Lohnerhöhungen im April auf 247 (1936 = 100). Wenn es nicht gelingt, den Preisanstieg zu stoppen, dann wird der Bau eines Wohnhauses Ende dieses Jahres fast um 15 Prozent teurer sein als Anfang 1954.

Die Methode, sich gegenseitig die Arbeitskräfte abzuwerben, ist in der Bauindustrie am stärksten verbreitet. Es gibt Baufirmen, die ihren Arbeitern hohe Kredite für den Kauf von Möbeln usw. gewähren, nur um sie zu behalten, und andere, die ihren Arbeitern „Kopfprämien“ für jede neue Arbeitskraft zahlen, die sie heranschaffen. Auf fast allen Baustellen der Bundesrepublik hängt an einem der Gerüstmasten ein alter Hut, das traditionelle Zunftzeichen dafür, daß Arbeitskräfte gesucht werden.

Bei dieser gespannten Lage des Arbeitsmarktes dringen Kosteneinsparungen, die durch Rationalisierung der Produktion entstehen, nicht bis zum Verbraucher durch. In der westdeutschen Chemie-Industrie beispielsweise stieg die Produktivität um 69 Prozent, in der Elektro-Industrie um 56 Prozent. Die Verbraucherpreise änderten sich jedoch nicht oder sanken nur wenig. Viele Unternehmer legen ihre Gewinne auf Eis. Sie wollen sie bei Lohnverhandlungen als Preis dafür einsetzen, daß ihnen in der gewinnbringenden Hochkonjunktur der wertvolle Faktor Arbeitskraft auch nicht einen einzigen Tag durch Streik fehlen wird.

Auf diese fatale Weise verhindern die Lohnforderungen der Gewerkschaften und die Angst der Unternehmer vor diesen Forderungen, daß Rationalisierungsgewinne der Allgemeinheit zugute kommen. Gleichzeitig ist diese Kombination aber das sicherste Mittel, die Konjunktur zu töten, weil sie den Motor der Marktwirtschaft Ludwig Erhards, den Wettbewerb, außer Betrieb setzt.

Der Bundeswirtschaftsminister hat deshalb nicht gezögert, einige Wirtschaftskreise, die seine Politik zunächst freudig bejaht hatten, des Verrats an diesem Grundprinzip der Marktwirtschaft zu beschuldigen. Er forderte die Unternehmer auf, die Preise herabzusetzen, und erklärte, für solche Preissenkungen sei in der Industrie „allenthalben Raum vorhanden“. Die Steigerung der Produktion habe zweifellos zu niedrigeren Stückkosten geführt.



Erhard macht der Industrie zum Vorwurf, daß sie die Rationalisierungsgewinne nicht in niedrigere Preise ummünzt und es so versäumt, durch eine weitere Reallohn-Erhöhung der Arbeiterschaft das Gefühl zu geben, daß auch sie ihren Anteil an der geldträchtigen Hochkonjunktur abbekommt. Zweifellos wäre dieser Weg besser als die Bewilligung inflationnistischer Lohnerhöhungen, denn von Preissenkungen würden auch die Angestellten, die Beamten und — als letzte in der Schlange — die Rentner profitieren.

Den Gewerkschaften, die am vergangenen Donnerstag ihren Vorsitzenden Walter Freitag und auch die beiden schärfsten IG-Eosse, Brenner (Metall) und Kummernuß (ÖTV), nach Bonn geschickt hatten, versuchte Erhard mit dem Hinweis auf seinen Preissenkungsplan die Lohnforderungen auszureden. Eine Bewilligung der jetzt für mehrere Millionen Arbeitnehmer geforderten Lohnsteigerung um durchschnittlich zehn Prozent würde mit großer Wahrscheinlichkeit die Lohn-Preis-Spirale in Gang setzen und die deutsche Wirtschaftskraft besonders im Exportgeschäft erheblich schwächen. Walter Freitag erklärte im Bonner Carstanjen-Haus, auch der DGB halte Preissenkungen für eine gute Sache. Aber von einem Verzicht auf Lohnforderungen wollte Freitag nichts wissen.

Minister Erhard beließ es deshalb nicht bei Worten. Um die Preise zu retten, verkündete er spontan ein Programm der „Jedermann-Einfuhren“. Danach soll bis zu Einfuhr-Rechnungen von 50 Mark künftig jeder Bundesbürger sein eigener Importeur sein dürfen. Ähnlich wie es seit kurzem möglich ist, monatlich für bis zu 200 Mark Bücher, Zeitschriften und Briefmarken privat in Nachnahme-Paketen aus dem Ausland einzuführen, soll sich dieser Privat-Import nach Erhards Plan auf alle Waren erstrecken, die auf dem Weltmarkt billiger sind als in Deutschland.

Für ausländische Versandgeschäfte könnte es in diesem Falle ebenso interessant sein, ihre Warenkataloge nach Deutschland zu schicken, wie es für den Bundesbürger interessant wäre, Preisvergleiche anzustellen. Obwohl bei Erhards Jedermann-Einfuhr die Zölle bestehenblieben, gäbe es doch eine Reihe von Gebrauchsgütern, wie etwa Nylonstrümpfe, Spirituosen, französische Parfüms usw., deren private Einfuhr sich lohnen würde. Wolldecken beispielsweise, die in Westdeutschland fast 100 Mark kosten, gibt es in gleicher Qualität in Holland bereits für 50 Mark, modische Herrenschuhe, die in Deutschland 30 Mark kosten, kann man in Spanien für etwa 12 Mark kaufen.

#### Erhard droht mit dem Zollknüppel

Bundesminister Erhard verspricht sich allerdings von der Jedermann-Aktion offenbar mehr psychologische als wirtschaftliche Effekte. In der Tat wäre es viel wirkungsvoller, wenn Erhard zeitweilig die Zölle herabsetzen könnte, um so durch die Einfuhr billiger ausländischer Waren die deutschen Preise zu drücken. Der Minister hat schon vor Monaten einmal vergeblich versucht, dem Bundestag die Zustimmung zu diesem Verfahren abzurufen. Er forderte die Vollmacht für diese zollpolitische Maßnahme in der vergangenen Woche erneut und mit verstärkter Dringlichkeit.

Eine Herabsetzung der Zölle wäre am ehesten geeignet, Preisvorstöße auf dem deutschen Markt zurückzuschlagen. Gäbe es für einige Wochen keinen Zoll, dann könnten beispielsweise Tweed-Herrensakkos aus England für 65 Mark eingeführt werden, die jetzt in Westdeutschland etwa 90 Mark kosten. Japanische Nähmaschinen, die deutschen Fabrikaten im Werte von etwa

360 Mark entsprechen, würden wahrscheinlich für etwa 260 Mark zu haben sein, und italienische Schreibmaschinen nach Aufhebung des 15prozentigen Zolls für etwa 275 Mark (gleichwertige deutsche Maschinen: 345 Mark). Noch größere Möglichkeiten böte die Lebensmitteleinfuhr (z. B. kostet dänische Butter 4,60 Mark je Kilo, deutsche Butter 6.50).

Westdeutschlands Industrie fürchtet deshalb eine Zollherabsetzung mehr als Erhards Jedermann-Einfuhr. Man erinnert sich noch der zwanziger Jahre, als die Japaner mit ihren Fahrrädern für zwanzig Mark und mit Glühbirnen für fünf Pfennig den Weltmarkt durcheinander brachten. Der Landesverband der Bayerischen Industrie erhob warnend seine Stimme: Im Falle von Zollermäßigungen würden die Ostblockländer, die an einer Störung des deutschen Marktes interessiert seien, wahrscheinlich schon aus politischen Gründen billige Waren in die Bundesrepublik schicken.

Eine derartige Reaktion ist dem Psychologen Erhard nur angenehm. Denn im Grunde baut er darauf, daß schon die Ankündigung von Zollherabsetzungen und seine Drohung, den alten Paragraphen gegen Preistreiber wieder einzuführen, Westdeutschlands Handel und Industrie wieder auf den Pfad der marktwirtschaftlichen Tugend zurückführen werden. Allerdings ist sein Prestige etwas ramponiert, weil er selbst vor einigen Monaten unter der Devise „Jeder Hausfrau einen Kühlschrank“ jene Raten-Konsumwelle forcieren half, die es jetzt zu bremsen gilt.

Damals hatten die Währungshüter der BdL dem Minister sofort kritisch geantwortet, er heize die Konjunktur unnötig an. Seit er jedoch auf Gegenkurs gegangen ist, wird Erhard von der Notenbank tatkräftig unterstützt. Die Notenbank will jede Menge Devisen für die Warenimporte und für die Anwerbung der ersten 50 000 italienischen Bauarbeiter bereitstellen, die im hitzigsten Frontabschnitt der Hochkonjunktur, in der Bauindustrie, eingesetzt werden sollen.

Bei den dreistündigen Bonner Besprechungen am vergangenen Donnerstag saßen die BdL-Präsidenten Vocke und Bernard interessiert, ernst, aber ohne viel zu sagen, zwischen den Disputanten. Ihre Ansicht steht unmißverständlich in dem vor wenigen Tagen veröffentlichten August-Bericht: „Die Bank ist in der Tat der Meinung, zunächst einmal das Erreichte zu konsolidieren, anstatt die Expansion immer weiter voranzutreiben.“

## BEAMTE

### ANREDE

#### Einfach Herr Hörner

Der Oberzollinspektor Paul Hoppe aus der Schwarzbachstraße 45 in Düsseldorf-Gerresheim ist ein Mann mit Grundsätzen. Außerdem ist der 42jährige Oberzollinspektor dem 36jährigen Regierungsrat Hans-Heinz Hörner dienstlich nachgeordnet. Diesen beiden Umständen und der Beharrlichkeit des prinzipienstarken Zöllners ist es zuzuschreiben, daß eine Frage des Beamtenrechts geklärt werden konnte, der seit je das besondere Interesse aller Beamten der unteren und mittleren Gehaltsstufen gilt, auf die das Bundesbeamtengesetz vom 14. Juli 1953 aber dennoch keine klare Antwort gegeben hatte.

Der Oberzollinspektor Hoppe hat sein Amtszimmer im zweiten Stock der Düsseldorfer Oberfinanzdirektion am Jürgensplatz. Daß er Oberzollinspektor ist, berührt



Oberfinanzpräsident Haslinde  
Fragen der Übung und des Takts...

den Paul Hoppe im Umgang mit Menschen ebensowenig, wie ihn Anfang dieses Jahres die Tatsache berührte, daß sein neuer Vorgesetzter Hans-Heinz Hörner Regierungsrat ist. Denn für den Oberleutnant außer Diensten Paul Hoppe sind Titel Schall und Rauch. Er sagte zu dem Regierungsrat: „Herr Hörner“.

Es kam zu Reibereien in der Abteilung „Zollbetriebsprüfung“, die den jungen Regierungsrat veranlaßten, beim Chef des Hauses, dem Oberfinanzpräsidenten Dr. Carl Haslinde, seine Zuflucht zu suchen. So kam es, daß Präsident Haslinde von einem unerhörten Vorgang Kenntnis nehmen mußte. Der Oberzollinspektor Hoppe, so trug Regierungsrat Hörner vor, habe lautstark angekündigt, er werde „den jüngeren Beamten nicht mehr mit dem Titel anreden“.

Präsident Haslinde erinnert sich noch genau an den Vortrag des verstörten Regierungsrats: „Er bat um Schutz wegen seiner Autorität. Sonst wolle er auf einen anderen Posten.“ Und weiter: „Ich habe Herrn Hoppe mal zu mir gebeten.“ Wer nun an diese Audienz die Erwartung geknüpft hatte, der Oberzollinspektor Paul Hoppe werde dem 62jährigen Präsidenten zubilligen, was er dem „jungen Beamten“ versagt hatte, wurde enttäuscht. Präsident Haslinde: „Er saß eine halbe Stunde bei mir und hat nicht ein einziges Mal ‚Herr Präsident‘ gesagt.“ Dafür revanchierte sich der Präsident dann aber auch. Oberzollinspektor Hoppe mußte von seinem hohen Behördenchef hören, ihm, dem Präsidenten, sei die Titel-Anrede „persönlich gänzlich Wurscht“.

Die Amtsbezeichnungen, fügte Präsident Haslinde hinzu, hätten aber auch ihre Vorteile, denn es sei leichter, Distanz zu wahren. Schließlich sei es doch auch für ihn, den Oberzollinspektor, als Betriebsprüfer eine Stütze, wenn er sich im Verkehr mit der Industrie auf einen Titel stützen könne.

„Ich bat ihn im folgenden, die Sache solle nicht auf dem Rücken eines jungen Regierungsrats ausgetragen werden“, be-

richtet Präsident Haslinde. Er fragte den Oberzollinspektor Hoppe: „Sind Sie einverstanden, wenn bis zur Klärung der Angelegenheit Burgfriede herrscht?“ Hoppe erwiderte: „Ihnen zuliebe.“

So arrangierte der Präsident Dr. Haslinde am 31. März 1955 ein Stillhalte-Abkommen zwischen dem Regierungsrat Hörner und dem Oberzollinspektor Hoppe. Der Präsident versprach, beim Bundesminister der Finanzen eine Entscheidung in Sachen Titel-Anrede zu beantragen. Und Oberzollinspektor Hoppe erklärte sich bereit, bis zur ministeriellen Klärung des Falles seinen unmittelbaren Vorgesetzten mit „Herr Regierungsrat“ anzureden.

Vorangegangen war nun dem Streit Hörner — Hoppe schon einige Monate zuvor, am 17. Dezember 1954, die 63. Sitzung des zweiten Deutschen Bundestages. Der Augsburger SPD-Abgeordnete Valentin Baur, 63, wurde damals zur Frage 13 aufgerufen. Valentin Baur fragte: „Ist es richtig . . ., daß im Bundesfinanzministerium ein Beamter von seinem Vorgesetzten öffentlich eine Zurechtweisung . . . in schneidendem Ton erfahren hat, weil er denselben nicht mit seiner Berufsbezeichnung, sondern mit seinem Namen angesprochen hat?“

Finanz-Staatssekretär Hartmann antwortete: Nein. Nach einigem Hin und Her von Zusatzfrage und Zusatzantwort wollte SPD-Baur schließlich auch noch wissen, ob der Bundesfinanzminister bereit sei, seine Beamten durch Runderlaß „darauf hinzuweisen, daß es eines demokratischen Staates unwürdig ist, daß seine Beamten nicht loszukommen scheinen von der lächerlichen Titelsucht“.

Es kam kein Runderlaß, zumal Staatssekretär Hartmann die Frage kurzab als „Angelegenheit des Herrn Bundesministers des Innern“ bezeichnet hatte.

Bundesinnenminister Schröder war es denn auch, der dem Bundesfinanzminister in Sachen Regierungsrat Hörner — Oberzollinspektor Hoppe Bescheid gab, und dieser Bescheid lautete genau so wie jener Brief, mit dem der Bundesinnenminister



Oberzollinspektor Hoppe  
... die sich nicht verbindlich regeln lassen